



verfahrens der Hafer verüffert wurde. Jetzt will die Landwirtschaft das gleiche für das Getreide beherzigen.

Abg. Reich (Rom.) gibt den Großgärtnern die Schuld, die großen Landwirte wollen sich nur bereichern, ganz gleich, was aus dem Kolle wird.

Abg. Betsch (Baz.) hält die Forderung kleinerer Landwirte mit dem dreifachen Preisverhältnis für zu hart und bittet den Minister, geringfügige Verkäufe nicht zu hart zu bestreuen.

Abg. Bachmeier (Baz. Bauernb.) betont, die Landwirtschaft verdient Vertrauen, auch dem Landwirt solle man seinen berechtigten Verdienst gönnen, dann würde er auch seine Pflicht tun.

Abg. Höber (Sax.) Wir müssen aus der Hofkammerpolitik herauskommen, eventuell durch Aufhebung der Verträge u. n. g. Als Landrat eines Bezirks habe er kein Kündigen Hafer erlassen können, gewiss ein Beweis für den schlechten Willen der Landwirtschaft.

Nach einem Schlußwort des Abg. Kalle (Dn.) schließt die Besprechung.

Nächste Sitzung morgen vormittag 11 Uhr. Anfragen, Interpellationen und kleine Vorlagen.

### Die Preußenwahlen.

Am 2. Februar. Die Sekretariate der Rheinischen Volksvereinigung und der Christlichen Volkspartei veröffentlichten folgende Erklärung: Die Rheinische Volksvereinigung und die Christliche Volkspartei haben bisher eifrig versucht, eine Wählervereinsigung und -aufklärung anzubahnen und besonders hier im Westen die Brücke zu bauen, die das ganze Deutschland und seine ehemaligen Gegner wieder vereinigen sollte. Diese Bemühungen sind durch das Verhalten Preußens und die Beschlüsse der Pariser Konferenz endgültig vernichtet worden. Jetzt kann es für alle deutschen Volksteile nur noch eine Lösung geben: Fort mit allen inneren Zwißtrigkeiten der Reichsregierung, hinter der das gesamte deutsche Volk geschlossen stehen muß. Aus diesen Erwägungen heraus erklären die Sekretariate den jetzt im Gange befindlichen Wahlkampf mit der Parole „Los von Preußen“ hiermit einzustellen, ohne damit irgendeine ihren Standpunkt in der rheinischen Frage auszugeben, der sich auf 18 der Deutschen Reichsverfassung stützt. Die bereits eingeleiteten Wahlverfahren von den Vertrauensleuten der Sekretariate zurückzugeben. Wir geben unseren Anhängern hiermit auf, bei den bevorstehenden Wahlen sich der Stimmabgabe zu enthalten.

### Kriegsgesellschaftenprüfung.

In der heutigen Sitzung des Ausschusses zur Prüfung der Kriegsgesellschaften gab der Vorsitzende, Staatssekretär Dr. Siroch, zunächst einen kurzen Überblick über den Aufbau der Kriegsgesellschaften seit Juli 1919, der dann der Tätigkeit des Ausschusses - besonders in der letzten Zeit - erfreuliche Fortschritte gemacht habe. Die Zahl der Angehörigen der Kriegsgesellschaften, die beurlaubte als alle anderen Daten die schnell fortschreitende Auflösung dieser Organisationen zeigt, ist bei den dem Reichswirtschaftsministerium unterstehenden in Abbau befindlichen Gesellschaften von 4747 im Juli 1919 auf 3752 am 1. Juli 1920, auf 2908 am 1. Oktober 1920, auf 1883 am 1. Januar 1921 gefallen und hat am 1. Februar 1921 ca. 1400 betragen. Bei den Gesellschaften des Ernährungsministeriums ist dieser Abfall der Zahl der Angehörigen nicht ganz so stark (10.125 am 1. Juli 1919, 7655 am 1. Oktober 1920, 6636 am 1. Januar 1921), doch ist hierbei zu berücksichtigen, daß auf dem Nahrungsmittelebiet noch einige Gesellschaften in vollem Betrieb bleiben mußten (Reichsgroßgetreidefelle), da eine Bewirtschaftung einiger Nahrungsmittel weiterhin erforderlich ist. Abwands haben die Treuhänder des Ausschusses, Direktor Saitz in, Direktor Bauer und Professor Veimer, einen kurzen Überblick über die Tätigkeit des Ausschusses seit Oktober 1920. Es wurde dabei betont, daß sehr zahlreiche gegen die Kriegsgesellschaften erhobenen Beschwerden, insbesondere über die Anstellungsverhältnisse betreffen, sich als unbegründet erwiesen haben. Andererseits aber hätten sich bei den Gesellschaften organisatorische Mängel gegenüber den privaten kaufmännischen Betrieben gezeigt, die bei den noch bestehenden Gesellschaften beseitigt werden müßten. Zu bringen sei insbesondere auf schnellere Jahresbilanzierung. Die Treuhänder würden einen abschließenden eingehenden Bericht demnächst vorlegen.

Der dem Ausschuss zur Beratung vorgelegte Entwurf eines Gesetzes, das die Aufgaben und Wirkmittel des Ausschusses festlegen sollte, wurde auf die Mitteilung hin, daß in Geleg in Bearbeitung sei, welches der Regierung weitestgehende Rechte bezüglich der alsbaldigen Auflösung von Gesellschaften, sowie Niederlegung von Prozessen der Kriegsgesellschaften untereinander oder zwischen ihnen und Behörden, Übertragung ihres Vermögens auf das Reich, Abtragung des Sperrjahres bei der Liquidation usw. übertragen soll, zum Zweck der Verbindung mit diesem Gesetz von der Beratung zurückgestellt. Der neue Entwurf wird in der nächsten Sitzung, die möglichst bald nach dem Wiederbeginn der Reichstages tagend sein soll, durchberaten werden.

### Zusammenkunft der Ministerpräsidenten.

Die Ministerpräsidenten der deutschen Länder sind zu Besprechungen über die jüngste Entennotie nach Berlin eingeladen worden.

### Reise deutscher Vertreter nach Brüssel.

Zur Fortsetzung der Verhandlungen über das Ausgüldesverhältnis sind deutsche Vertreter nach Brüssel abgereist.

### Ein Braunschweiger Protest.

Bei Eröffnung der Wittnods-Sitzung des braunschweigischen Landtages erklärte Präsident Wiffel: Ich glaube, im Sinne des Paulus zu sprechen, wenn ich erkläre, daß die braunschweigische Landesversammlung in den Forderungen der Entente die Mäßigkeit der Bestimmung des künftigen Volkes und den Ruin der deutschen Wirtschaft erblickt. Wir erwarten, daß die Reichsregierung auch ferner mit ruhiger Besonnenheit die Verhandlungen fortführt, stellen uns geschlossen hinter ihre Erklärung und wünschen, ein freies deutsches Volk als freier Scholle zu sein. Die Erklärung wurde mit lebhaftem Beifall entgegengenommen. Dem kom-

munistischen Abgeordneten Sievers wurde mit Zustimmung des Hauses das Wort zu einer Eingeklärtung erteilt. Das Haus genehmigte dann den Etat des Landtages und der Finanzverwaltung, lehnte aber den Etat des Landarbeiters ab.

### Schiedsgerichtshöfe für Vorkriegsverpflichtungen.

Der deutsch-japanische und der deutsch-belgische gemischte Schiedsgerichtshöfe haben sich konstituiert. Sie sind hauptsächlich unabhängig für Streitigkeiten über die Vorkriegsschulden, die nicht im Ausgüldesverhältnis beigelegt werden können und für Streitigkeiten über Vorkriegsverträge, soweit nicht die Unabhängigkeit der ordentlichen Gerichte der alliierten Staaten gefährdet ist, ferner für Entschädigungsansprüche von alliierten Staatsangehörigen an das Reich wegen ihrer von deutschen Kriegsmäßen betroffenen Privatrechte, sowie für bestimmte Streitigkeiten auf dem Gebiet der gewerblichen Schutzrechte.

### Ein schwerwiegender Druckfehler.

In dem gedruckten Originaltext der Entennotie ist, wie sich jetzt herausstellt, ein schwerwiegender Druckfehler enthalten. In dem Teil der Entwaffnungsbefimmungen, der die Aufstufung behandelt, steht im Originalwortlaut das Verbot über „aviation militaire et civile“, das solange gilt, wie Deutschland die Luftschiffahrt erfüllt hat. Danach hätte es also auf absehbare Zeit hinaus auch eine deutsche Zivilflucht nicht mehr geben dürfen. Wie die „Dene“ von amtlicher Seite erklärt, ist inzwischen bei der Friedensabteilung des Auswärtigen Amtes die Note eingegangen, die die Verbotssätze berichtigt. Es muß nämlich nach dieser Note nicht „Aviation civile“, sondern „aviation navale“ heißen, was natürlich ein grundlegendes Unterscheid ist. Die jetzt vorliegende authentische Interpretation spricht also ein Verbot nur für das Heeres- und Marineflugwesen aus.

## Der 20. Februar

wird darüber entscheiden, ob in Zukunft auch in Preußen die Kreisvereine unserer Partei, den Wiederanbau unseres Staats- und Wirtschaftslebens auf dem Boden der Vernunft erfolgen zu lassen, fortgesetzt werden können, oder ob die zerstörenden Kräfte eines Macht-raufes von links und rechts uns das bisher mühsam Erreichte zerbrechen werden.

### Staat, Provinz und Kreis

stehen vor dieser Entscheidung und fordern von uns das, was von jeder preußische Eigenart war.

### Pflichterfüllung bis zum Neuesten.

In diesem Sinne werden wir uns an alle Mitglieder und Freunde unserer Partei mit der Bitte, uns neben persönlicher Wahlhilfe auch durch

### freiwillige Spenden zum Wahlfonds

zu unterstützen. Die großen Geldmittel, die von unseren Gegnern in den Wahlkampf gemorren werden, zwingen uns zur Gegenwehr und veranlassen uns zu dieser Bitte an unsere Mitglieder und Freunde. Die uns zugehenden Spenden werden im Bankhaus Reinhold Steiner am Markt, im Banhaus L. Schönlicht, Poststraße, in den Geschäftsstellen der „Saale-Zeitung“, Neue Promenade 14 und Große Marktstraße, und in unserer Geschäftsstelle, Leipziger Str. 21, entgegengenommen.

### Der Vorstand

der Deutschen demokratischen Partei in Halle.

### Ententetruppen zur Bekämpfung des oberhschlesischen Bandenunwesens.

Das Uebereinkommen des Bandenunwesens hat namentlich die Interalliierte Kommission veranlaßt, außer der Abkündigungspolizei auch die Bekämpfungstruppen gegen die Räuber einzusetzen. Der interalliierte Kreistreitrichter ist bekannt, daß von heute ab Tag und Nacht ein Kampftrupp der französischen Alpenjäger zur Bekämpfung des Bandenunwesens bereit gehalten werde, auch sich abbauend ein Tanz und ein Konzert zum Kampf gegen das Verbrechen bereit. Wie notwendig diese Maßnahme der Interalliierten Kommission gewesen ist, geht aus nachstehender Mitteilung hervor, die der „Dene“ am 6. Februar 1921.

### Anführer der Bagarrettruppe.

Dem „Rot-Anz.“ zufolge kam es in dem Versorgungs-lager Teget zu schweren Ausschreitungen der Anführer gegen den Chefarzt Dr. Saar. Als Dr. Saar die Ausschreitungen von Freiheitskämpfern als für ihn unmöglich beschimpfte, drangen etwa 50 Patienten auf ihn ein, der Arzt mußte auf die Straße flüchten. Das Hauptverletzungsmittel sind das Bagarret von Polizei besetzt und beschloß es anzuliegen. Von den 200 Inzassen werden 80 in andere Heilanstalten überführt. Der Rest der Patienten wird entlassen werden.

### Eine Erklärung Brionds.

Ministerpräsident Briond wird heute im Senat und in der Kammer über die Konvention von Paris eine Erklärung abgeben, die inhaltlich auf einem heute vormittag stattfindenden Redaktionsrat folgt. Außerdem werden in der Kammer 3 Interpellationen über die auswärtige Politik beraten werden. Wiewohl sind 19 Redner angemeldet.

## Schuhmacherhandwerk und Reichsschuhversorgung.

Die Frage, ob und inwieweit es möglich sei, das Schuhmacherhandwerk bei der Vergabung von Aufträgen seitens der Reichsschuhversorgung G. m. b. H. auf Herstellung von Bedarfsschuhen aus dem als Konsumertragsmindernde abzuliefern Leder zu beteiligen, war kürzlich Gegenstand einer Besprechung in der Reichsschuhversorgung G. m. b. H. an der die Vertreter des Reichswirtschaftsministeriums (Leder- und Handwerker-Sektion), der Gewerkschaftsbünde, des Bundes Deutscher Schuhmacher-Zünfte, der Berliner Schuhmachervereinigung, der Schuhindustrie, des Lederhandels und der Arbeitervereine teilnahmen.

Mittig wurde die Auffassung vertreten, daß es an sich begründbar wäre, wenn eine praktische Möglichkeit bestände, das Schuhmacherhandwerk zu beteiligen. Es wurden deshalb die mit dem Sächsischen Ausschuss beratenen und vom Ausschuss der Reichsschuhversorgung G. m. b. H. genehmigten Bedingungen für die Beteiligung von Schuhwerk durchgeprochen (sowie insbesondere die ziffermäßigen, für die Vergabung von Aufträgen maßgebenden kalkulatorischen Unterlagen vorgelegt und zum Gegenstand eingehender Erörterungen gemacht). Nach Prüfung dieser ziffermäßigen, kalkulatorischen Unterlagen erklärten die Vertreter des Schuhmacherhandwerks, daß die den Schuhfabriken zugebilligte Höhe für Löhne und Kleinmaterialien, Generalaufkosten und Arbeitslohn zu gering sei, daß unter den vorliegenden Umständen eine Beteiligung des Schuhmacherhandwerks an den Aufträgen der Reichsschuhversorgung G. m. b. H. nicht in Frage kommen könne. Die Vertreter des Schuhmacherhandwerks erkannten an, daß es in erster Reihe Aufgabe der Reichsschuhversorgung G. m. b. H. sei, gutes Schuhwerk zu billigen Preisen nach launmündigen Grundätzen zu beschaffen; sie erklärten sich bereit, über das Ergebnis der Besprechung von Verbands wegen in aufklärendem Sinne zu wirken.

### Deutsches Reich.

Großgrundbesitz und Basen. Wie der „Bauernbund“ mittelt, hat der Domänenpächter Deede aus Essen ein Schriftstück veröffentlicht, in dem er ausführt, daß für keine Pächter am meisten zahlen könne, weil er keine Kosten für Gelpauszahlung hat, keine Löhne an fremde Personen zu zahlen braucht und die ganze Ernte entweder selbst verbraucht oder zu hohen Preisen in den Schließlagern bringt. Der Pächter eines größeren Grundes, das heißt, ein Lohn und das Risiko des Betriebes übernehme, könne am wenigsten zahlen. Wenn man das sieht, begreift man, daß sich die Großpächter gegen eine Minderung der Landwirtschaftsammertages ausziehen, die ihnen die Vertreibung der kleinen Pächter ausnutzen und diese selbst fast ganz auslöschen. Die eigene schwere Arbeit des kleinen Pächters scheint Herr Deede für nichts anzusehen. Die frühere Kaiserjagd „Meteor“ in Spanien zum Verkauf. Die frühere deutsche Kaiserjagd „Meteor“ ist im Hafen von Barcelona eingetroffen, um hier zum Preise von 9 Millionen Mark zum Verkauf gestellt zu werden.

### Auslands-Rundschau.

Polen und Litauen. Wie das Neueste Büro meldet, sind die Verhandlungen zwischen Polen und Litauen über die Frage von Wilna abgeschlossen worden, weil die Litauer fürchten, daß die Unruhe der Truppen des Generals Jeligowski in Wilna einen ungünstigen Einfluß auf die vom Völkerbund vorgezeichnete Volkswirtschaft ausüben würde. Nach Meldung der Litauischen Telegraphen-Agentur soll die litauische Regierung die Volkswirtschaft gegen folgende Bedingungen unterstützen: 1. Entfremdung Jeligowski und der polnischen Truppen aus dem Aufnahmungsgebiet. 2. Eine neutrale Verwaltung in der Aufnahmungszone. 3. Bürgschaft von Seiten Polens, daß Jeligowski Abenteuer nach der Volkswirtschaft nicht wiederholt wird und der litauisch-polnische Grenzfall durch die Volkswirtschaft nicht begünstigt ist. 4. Beschloß der Propaganda und der Anerkennung der litauischen Autorität vor der Volkswirtschaft mit Polen gleichgestellt werden. Wie die Litauische Telegraphen-Agentur mittelt, ist die litauische Delegation aus Warschau abberufen worden. Wien-Sofienbrand in Soboten. Das größte Hotel von Soboten, das „Central-Weiß-Hotel“, ist bei der Feuersbrunst um Leben gekommen. Eine große Anzahl Schwerverletzte mußte in die Spitäler eingeliefert werden.

### Halle und Umgebung.

Halle, den 4. Februar 1921.

### Der Haushaltsausschuß

benötigte in seiner gestrigen Sitzung zum Etat des Elektrizitätswerkes 2.288.000 Mk. nach. Die Mehrforderung ist veranlaßt durch Verteuerung der Rohmaterialien usw. Demnach hofft man, den im Etat eingeleiteten Überschuß von 72 Millionen Mark zu verbleiben zu lassen.

Die Besetzung der Stelle ist ein Hülflehrer anzustellen mit einem Gehalt von 14.000 Mark. Ferner sind noch für neun Stunden im Lehrplan 3600 Mk. aufzunehmen. Die Erziehung der jungen Klasse wird nötig, weil 17 Schülerinnen wegen Volljährigkeit der vorhandenen Klasse nicht untergebracht werden können. Dagegen wurde die Erziehung einer Hülflehrerin am Reformrealgymnasium nach lebhafter Debatte abgelehnt. Zur Grundneuerung lag ein Antrag des Magistrats vor, der zugunsten der zu bebauenden Grundstücke, die nicht Spekulation land sind, eine Steuerbefreiung infolge schaffen will, als sie nur mit dem einfachen Steuerbetrage bezogen werden sollen, nicht mit dem doppelten Satz, der sonst für unbebaute Grundstücke erhoben wird. Die Befreiung wird nur allen Dingen im Interesse unserer Steuerbürger getroffen. Alle außerhalb einer bestimmten Zone liegenden Steuerbürger usw. sollen die Vergünstigung genießen. Was innerhalb dieser Zone liegt, wird als Spekulationsland behandelt und mit dem doppelten Steuerloß getroffen. Mit Hilfe des Vermögensamtes, der Steuer usw. lassen sich in dieser Hinsicht die nötigen Untersuchungen machen. Der Antrag der Steuerbürger ganz von der Grundsteuer freizustellen, widerspricht der Magistrat. Die neue Form der Grundsteuer ist bestimmt, den außerordentlich notwendigen Hausbau, der ja in der dreißigjährigen Weisheitsperiode keinen auch nur geringfügigen genügen Anstieg für die Doppelsteuerung des





